



An den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises

über

Herrn Landrat

Sebastian Schuster

Kaiser-Wilhelm-Platz 1

53721 Siegburg

Arno Behlau

Attac Rhein-Sieg

Josef-Menne-Str. 6

53757 Sankt Augustin

abis.behlau@web.de

0174-1666131

Per mail an landrat@rhein-sieg-kreis.de

Cc: Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien

Anfrage gemäß § 12a Einwohnerfragestunde für die Kreistagsitzung am 20.6.2018

Sankt Augustin, den 8. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,
Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
gemäß § 12a der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises vom 01. Oktober 1999, geändert am 06.07.2017
möchte ich im Namen von attac Rhein-Sieg bei der nächsten Kreistagsitzung am 20. Juni 2018 folgende Einwohnerfrage stellen.

Welches sind die ökologischen und ethischen Kriterien für den Rhein-Sieg-Kreis als „Vorreiter im Klimaschutz“, die einen weiteren Besitz von RWE-Aktien rechtfertigen, wobei ein Konzern gestützt wird, der besonders durch seinen angestrebten Neubau eines Braunkohle-Kraftwerkes in NRW ein rechtzeitiges Erreichen der von Deutschland international zugesagten Klimaschutzziele verhindert und mit seiner Konzernpolitik auch weltweit zum Schaden des Klimaschutzes agiert?

Begründung:

Als BürgerInnen des Rhein-Sieg-Kreises begrüßen wir sehr, dass der Landrat aktuell den Rhein-Sieg-Kreis als „Vorreiter im Klimaschutz“ präsentiert (<https://energieagentur-rsk.de/auf-dem-weg-zum-vorreiter-in-sachen-klimaschutz-startschuss-fuer-die-energieagentur-rhein-sieg/>).
Andererseits sind wir vor dem globalen Hintergrund der Klimadiskussion sehr besorgt, dass der weitere Besitz von RWE-Aktien, insbesondere bei einem wahrscheinlichen Ausfall der Dividendenzahlungen, zum finanziellen Nachteil des Haushaltes des Rhein-Sieg-Kreises beitragen wird.

Die beobachtbaren starken Klimaveränderungen gehen mit großer Unsicherheit für die Landwirtschaft sowie mit Starkregenereignissen und Hitzewellen – auch in NRW - einher. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels ungleich stärker und führen u.a. zwangsläufig zu wachsenden Migrationsbewegungen – auch nach Deutschland. Daher liegt es in unserer aller Verantwortung, die Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben und so der Klimakrise Einhalt zu gebieten.

Am 6. Juni 2018 wurde von der Bundesregierung eine Kommission gegründet, die noch in diesem Jahr ein Datum für den Kohleausstieg vorschlagen wird. Der Preis für die CO₂-Zertifikate wird stetig steigen, genauso wie der Anteil der erneuerbaren Energien an der allgemeinen Energieversorgung. Einem Unternehmen wie RWE stehen schwierige Zeiten bevor, denn der Kohlestrom wird sich nicht länger gewinnbringend an der Strombörse verkaufen lassen. Unabhängige Wissenschaftler sprechen von einer „Kohlenstoff-Spekulationsblase“ und raten: „Investoren beziehungsweise Investment- und Pensionsfonds müssen sich bewusst machen, wie viel von ihrem Geld in fossile Brennstoffe investiert ist und das Risiko neu einschätzen, das sie damit eingehen.“ (https://www.wissenschaft.de/gesellschaft-psychologie/droht-eine-kohlenstoff-spekulationsblase/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=wissenschaft.de_05-06-2018).

Auch der Wirtschaftsbericht des Deutschlandfunks zur Einsetzung der Kohlekommission am 6.6.18 weist darauf hin, dass eine Beibehaltung von Investitionen in fossile Energien ein falsches Signal sende, da viele Investoren wie Rückversicherer und z.B. der norwegische Staatsfonds auf „Divestment“ setzen und gerade von Deutschland als „Vorreiter“ in der Klimapolitik auch Signale in diese Richtung gehen müssten, um Klimakritikern wie z.B. Trump in den USA etwas entgegen zu setzen (http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2018/06/06/das_wirtschaftsgespraech_mit_jessica_sturmberg_zur_neuen_dlf_20180606_0835_79ce57fb.mp3)

Wir befürchten, dass sich RWE seiner Verpflichtung als Energieversorger entzieht und statt zukunftsorientiert auf erneuerbare Energien weiter auf Kohlestrom setzt. Einer von Europas größten Klimaschädigern verspielt so Deutschlands Klimaziele und stellt kurzfristigen Profit, der noch dazu fraglich ist, vor die Menschen und den Planeten. Wir sind der Meinung, dass RWE darauf zu spekulieren scheint, im Fall eines drohenden Bankrotts vom Staat gerettet zu werden, was weitere Kosten für die Menschen im Kreis verursachen würde.

Der Rhein-Sieg-Kreis hält nach wie vor 1.407.361 RWE-Aktien. Mit diesem geringen Anteil an Aktien-Besitz kann der Rhein-Sieg-Kreis bei strategischen Entscheidungen von RWE nicht



mitbestimmen. Außerdem ist davon auszugehen, dass RWE zukünftig weder Dividenden an seine Aktionäre ausschütten kann, noch steigende Aktienkurse aufweisen wird, sondern der in den letzten Jahren andauernde Kapitalverlust sich fortsetzen wird.

Wie auch bei anderen Städten, die mit gutem Beispiel vorangegangen sind (z.B. Aachen, Münster, Berlin, Stuttgart, Bremen, Leipzig, Göttingen, Oldenburg und Freiburg, sowie vielen weiteren, auch global – New York, norwegischer Staatsfonds), ist ein Divestment, d.h. ein Ausstieg des Rhein-Sieg-Kreises aus den fossile Energien stützenden RWE-Aktien sowie Anteilen an direkten und indirekten Investments (wie Aktien, Mischfonds, Unternehmensanleihen) von Kohle-, Öl- und Gasunternehmen höchste Zeit.

Mit den dadurch freiwerdenden Mitteln könnten im Rhein-Sieg-Kreis zukunftsfähige Investitionen in sozial- und umweltfreundliche Projekte verwirklicht werden, die den EinwohnerInnen dienen - so wie es in den von den Staaten der Erde beschlossenen Nachhaltigkeitszielen (SDGs=sustainable development goals) vereinbart ist.

Mit freundlichen Grüßen

Arno Berlan